



Gerda
Hasselfeldt
CSU



hasselfeldts berliner notizen

informationen zur aktuellen bundespolitik.

28.04.2015

Flüchtlingsdrama auf dem Mittelmeer Europa kann nur gemeinsam eine Lösung finden

Die Flüchtlingskatastrophe auf dem Mittelmeer vor etwas mehr als einer Woche, bei der schätzungsweise über 900 Menschen ihr Leben verloren haben, erschütterte uns zutiefst. Unbestritten ist, dass Europa schnell und beherzt handeln muss, damit nicht noch mehr Menschen auf dem Mittelmeer sterben. Die Ausweitung der bestehenden Rettungsmissionen Triton und Poseidon ist dabei aber nur die Spitze des Eisbergs. Wir müssen darüber hinaus in Europa gemeinsam und mit aller Kraft Fluchtursachen bekämpfen und kriminellen Schleuserbanden das Handwerk legen. Europa darf sich nicht abschotten. Klar ist allerdings auch, dass wir nicht jeden Menschen aus Afrika aufnehmen können, der seine Heimat verlässt. Das gefährdet die Flüchtlinge selbst. Um Fluchtursachen zu bekämpfen, müssen die Regierungen und den Herkunftsländern stärker in die Verantwortung genommen werden.

Armut und Krieg als lukratives Geschäft

Die Not in vielen Ländern Afrikas ist groß. Armut, Krieg und Hoffnungslosigkeit treiben die Menschen dazu, sich auf der Suche nach einer besseren Zukunft auf den gefährlichen Weg nach Europa zu machen. Für die Schlepper ist das Leid und die Not der Betroffenen ein lukratives Geschäft. Sie schicken Flüchtlinge über Libyen, in dem sie aufgrund der dortigen fehlenden Staatlichkeit keine Sanktionen zu erwarten haben, in seeuntüchtigen Booten und gegen Zahlung hoher Summen auf den Weg nach Europa. Sobald das Boot das Hoheitsgewässer ihres Landes verlassen hat, wird die Seenotrufzentrale kontaktiert. Gewollter Schiffsbruch und Gefährdung von Menschenleben sind der Kern dieses Geschäftsmodells. Schätzungen gehen davon aus, dass die organisierte Schleuserkriminalität über fünf Milliarden Dollar pro Jahr auf dem Mittelmeer verdient.

Seenotrettung ausweiten - Schlepper bekämpfen

Europa und die afrikanischen Staaten müssen nun gemeinsam nach Lösungswegen suchen. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union sowie die Außen- und Innenminister haben in der vergangenen Woche dazu erste Beschlüsse gefasst. Um kurzfristig weitere Tragödien auf dem Mittelmeer zu verhindern, werden die Rettungsmaßnahmen dort deutlich ausgeweitet. Für die bestehenden Missionen stellt die EU erheblich mehr Mittel zur Verfügung und erweitert das Einsatzgebiet stark. Die Seenotrettung ist das erste und dringlichste, das angepackt werden muss. Migration darf keine Frage von Leben oder Tod werden. Das Mittelmeer sicher zu machen, wird jedoch mit keinem Aufwand der Welt möglich sein. Es ist

essentiell, dass wir mittelfristig gegen die kriminellen Mächte der Schlepperbanden vorgehen. Dazu müssen wir, gemeinsam mit unseren Partnern, an einer politischen Stabilisierung Libyens und der Region arbeiten und Lösungen finden, wie wir die Infrastruktur der Menschenhändler schädigen können. Auch der UN-Sicherheitsrat drängt auf eine stärkere Zusammenarbeit in diesem Bereich, um illegale Wege der Migration zu schließen.

Bessere Verteilung - Bekämpfung von Fluchtursachen

Wir müssen im Zusammenhang mit den stark gestiegenen Flüchtlingsströmen auch darüber sprechen, wie wir die Flüchtlinge in Europa zukünftig geordnet und gerecht verteilen. Wir dürfen die Erstaufnahmestaaten nicht alleine lassen. Das gehört auch zur Subsidiarität in Europa: Die Gemeinschaft muss dann handeln, wenn ein Staat überfordert ist. Es kann gleichzeitig nicht sein, dass sich von 28 Mitgliedstaaten der EU nur zehn an der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligen. Über ein Pilotprojekt soll die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU zukünftig gerechter verteilt werden. Das ist ein wichtiger Schritt. Insgesamt brauchen wir ein europäisches Gesamtkonzept zur Rettung, Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen. Klar ist jedoch auch, dass kein Land - auch die EU im Gesamten nicht - die Flüchtlingsströme alleine bewältigen kann. Die Ursachen von Flüchtlingskatastrophen, wie wir sie nun erlebt haben, können nicht auf europäischem Boden behoben werden, sondern dort, wo sie entstehen. Fluchtursachen müssen vor Ort bekämpft werden. Das ist eine der langfristigen, aber auch der wichtigsten Fragen im Zusammenhang mit der Migration nach Europa. Hier müssen wir insbesondere die Regierungen der afrikanischen Staaten stärker in die Verantwortung nehmen. Bundesentwicklungsminister Müller hat bereits Anfang 2014 eine Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen - Flüchtlinge reintegrieren“ gestartet, mit der neue Perspektiven für Flüchtlinge geschaffen, Aufnahmegemeinden unterstützt und Maßnahmen zur Prävention und Deeskalation von Konflikten ergriffen werden. Wir müssen die Führungen in den afrikanischen Ländern überzeugen, wie schädlich es für deren Zukunft ist, wenn die Menschen aus dem Land fliehen. Deutlich wird, dass wir gemeinsam daran arbeiten müssen, unserer Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen gerecht zu werden. In Deutschland sind wir weiterhin gefordert, eine verantwortungsvolle Asylpolitik zu betreiben, die darauf ausgerichtet ist, an die Solidarität in unserem Land zu appellieren und diese zu erhalten.